

München, 06.07.2020

## Aktuelle Stunde: Frauenrechte in der Corona-Krise stärken

**Studien zeigen: Frauen trifft die Krise deutlich härter als Männer – Frauenpolitische Sprecherin Dr. Simone Strohmayr: Rückschritt bei der Gleichberechtigung**

Die SPD-Landtagfraktion macht die Rechte der Frauen in der Corona-Krise zum Thema der aktuellen Stunde in der morgigen (07.07.2020) Landtagsdebatte. Der Titel der Aktuellen Stunde auf Vorschlag der SPD lautet: "Rückschlag für die Gleichberechtigung verhindern: Frauenrechte in der Corona-Krise stärken!" Die Fraktion hatte diesbezüglich bereits einen [Antrag](#) in den Landtag eingebracht.

Die frauenpolitische Sprecherin der Fraktion **Dr. Simone Strohmayr** erklärt: "Frauen waren und sind in der Corona-Krise besonders stark betroffen. So arbeiten Frauen überdurchschnittlich oft in systemrelevanten Berufen, in denen sie auch noch verstärkt einem Ansteckungsrisiko mit Covid-19 ausgesetzt sind. Im Gesundheits- und Sozialbereich sind weltweit 70 Prozent Frauen tätig. Außerdem bleibt die Kinderbetreuung hauptsächlich an den Müttern hängen, obwohl die Väter in vielen Fällen ebenso im Homeoffice tätig sind. Laut einer Befragung gaben 54 Prozent der Frauen, aber nur 12 Prozent der Männer an, den überwiegenden Teil der Kinderbetreuung zu übernehmen. Wir sehen hier ganz klar einen Rückschritt bei der Gleichberechtigung."

Konkret fordert die SPD-Fraktion in der Corona-Krise eine bessere Bezahlung für die von Frauen stark dominierten Bereiche in Pflege und Gesundheit und generell eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf mit einem Ausbau von Teilzeit- und Homeofficemöglichkeiten. Außerdem müsse bei der Bewältigung und Analyse der Krise verstärkt auch auf die Expertise und Erfahrung von Frauen zurückgegriffen werden.

**Ruth Müller**, ebenfalls frauenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion unterstreicht: "Im Rückblick auf die Krise müssen wir ganz speziell die Frauen im Fokus haben. Wir brauchen eine genaue Analyse, wie stark die einzelnen Maßnahmen die Frauen getroffen haben und wie sie damit zurechtgekommen sind. Die Interessen und Sichtweisen der Frauen müssen unbedingt berücksichtigt werden. Wir brauchen eine geschlechtergerechte Krisenpolitik!" In Beratungsgremien, Aufsichtsräten und Vorständen müssten deshalb zwingend zu gleichen Teilen Frauen sitzen, betont Müller.